

Thesenpapier der  
Freien Projektgruppe  
zum

# 45. OPEN OHR FESTIVAL

07.06. bis 10.06.2019  
Zitadelle Mainz

## Partei ergreifen

Ohne Parteien ist das politische System der Bundesrepublik bisher nicht vorstellbar. Sie sind Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft und haben eine zentrale politische und gesellschaftliche Funktion. Aus losen Zusammenschlüssen einzelner Politiker\*innen Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs mit der Zeit das Parteiensystem, das die politische Landschaft Deutschlands seit der Weimarer Republik maßgeblich formte. Als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg erhielten sie nach 1945 den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution und ihre Rolle ist bis heute im Grundgesetz verankert (Art. 21). Neben Aufgaben, die auf die Partizipation und Motivation aller Bürger\*innen zielen, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen, müssen sie ebenso ihre eigene Beteiligung (Parteiprogramme, Wahlteilnahme) am politischen System sicherstellen. Als wesentlicher Bestandteil unserer parlamentarischen Demokratie steht ohne Parteien das Funktionieren unseres politischen Systems in Frage.

### Parteien in der Kritik

Doch vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Veränderungen ist eine Diskrepanz zwischen der staatstheoretischen Rolle von Parteien und ihrem politischen Handeln erkennbar. So standen Parteien immer wieder in der Kritik und gerade in letzter Zeit scheint sich die Lage zuzuspitzen. Die Meldungen sind bestimmt durch negative Schlagzeilen, wie z.B. umkämpfte Personalwechsel, illegale Parteispenden, langwierige Koalitionsverhandlungen, interne Machtkämpfe oder Volksparteien ohne sie wählendes „Volk“. Diese und ähnliche Assoziationen stellen das Bild von Parteien als Repräsentanten der Demokra-

tie in Frage. Die Krise der Parteien zeigt sich anhand verschiedener Phänomene. Die Überalterung der Parteimitglieder und das Sinken der Wahlbeteiligung, insbesondere bei jungen Menschen, machen deutlich, dass den deutschen Parteien der Nachwuchs fehlt. Die Zersplitterung der heutigen Parteienlandschaft zeigt außerdem, dass die Interessen in einer zunehmend pluralisierten Gesellschaft vielfältiger und diverser werden und sich nicht mehr in übergreifenden Parteiprogrammen bündeln lassen. Die Individualisierung der modernen Gesellschaft destabilisiert das Großparteiensystem, da sich die Wähler\*innen immer weniger an Parteien binden. Eine dezidierte Klientelpolitik ihrerseits und konkrete Interessenvertretung einer Bevölkerungsschicht scheinen nur noch die kleineren Parteien zu betreiben und Pragmatismus zugunsten der größten Schnittmenge scheint um sich zu greifen. Hinzu kommt, dass das Vertrauen in die Parteien und ihre Politiker\*innen aufgrund der negativen Schlagzeilen immer weiter schwindet und den Eindruck hinterlässt, dass die Politiker\*innen ihrer eigentlichen Verantwortung nicht nachkommen. Ein Gefühl von Misstrauen gegenüber Parteien, Politiker\*innen und der politischen Klasse im Allgemeinen lässt sich zunehmend beobachten. Immer häufiger stellt sich die Frage, ob die Politiker\*innen noch dem Gemeinwohl und ihren Wähler\*innen oder vielmehr den Parteiinteressen, dem eigenen Machtstreben oder Lobbyist\*innen dienen. Politische Visionen, leidenschaftliche Kampfansagen und waghalsige Reformvorschläge im Interesse der eigenen Parteibasis finden sich heute eher vereinzelt. Oftmals lesen sich Wahlprogramme nicht wie politische Manifeste, sondern wie voreilig verfasste Koalitionsverträge.

### Parteien als Risikofaktor?

Der\*die Bürger\*in muss mit den Konsequenzen politischen Handelns der Parteien leben und die Bedürfnisse sind vielfältig, die

Interessen divers. Fraglich ist, ob das repräsentative Parteiensystem in der benannten pluralisierten Gesellschaft eine adäquate Repräsentation der Interessen und Bedürfnisse des „Volkes“ ermöglicht. Die politischen Parteien zeigten sich in der Vergangenheit überwiegend widerstandsfähig und konnten sich den gesellschaftlichen Veränderungen mal besser, mal schlechter anpassen. Doch aus der bemerkenswerten Stabilität des Parteiensystems seit der Nachkriegszeit ergibt sich nicht zwangsläufig ein ebenso stabiles System für die Zukunft. So müssen sich die politischen Parteien heute mit einer steigenden Kritik auseinandersetzen. Neu erscheint die zunehmende Vehemenz der Kritikpunkte an den Parteien. Alte Fehler wiederholen sich, viele Bürger\*innen fühlen sich vom politischen System ausgeschlossen und suchen ihr verloren geglaubtes Mitbestimmungsrecht auch in rechten Bewegungen. Die Stellung der Parteien als Vermittler zwischen Staat und Bevölkerung wird in Frage gestellt und schürt so demokratiegefährdende Momente. Die Wähler\*innen sehen ihre Interessen nicht hinreichend vertreten und politische Entscheidungen scheinen nicht durch sie getroffen zu werden. Nicht mehr die viel beschworene Politikverdrossenheit, sondern Wahlverdrossenheit wird wieder zum Schlagwort. Wenn Parteien nicht mehr in der Lage sind Entscheidungen im Sinne der Wähler\*innen zu treffen, Willensbildung und politische Teilhabe zu fördern, verlieren sie ihre Legitimation. Folglich wären die Parteien nicht mehr Garant für eine funktionierende Demokratie, sondern Risikofaktor. Die Kritik an Parteien trifft also eine tragende Rolle unserer Demokratie und wir als Bürger\*innen müssen uns die Frage stellen, wie wir damit umgehen und wie es um die Zukunft der Parteien bestellt ist.

### Sind die Parteien noch zeitgemäß?

Neben der Frage, wie die Parteien mit ihrer eigenen Krise umgehen werden und ob sie innerparteiliche Strukturen und personenpolitische Interessen hinter notwendige inhaltliche Sachpolitik stellen können, stehen also zukunftsweisende Fragen: Sind Parteien noch Träger demokratischer Entscheidungsprozesse? Brauchen wir eine neue demokratische Kultur ohne das gewohnte Parteiensystem? Politischer Diskurs, politische Visionen, Reformvorschläge und Erneuerungsideen sind jahrzehntelang aus den Parteien hervorgegangen. Können wir von den Parteien nicht wieder mehr Konzentration auf Sachfragen erwarten? Es muss schließlich darum gehen, dass Fragestellungen des Gemeinwohls gelöst werden und nicht wer den Parteivorsitz für sich in Anspruch nimmt. Klimawandel, Armut, Mietpreise, Pflege, Asylpolitik – die Themen sind zahlreich und wegweisend. Sind Parteien in Anbetracht dessen heute noch immer der beste Ort für politischen Diskurs? Sind sie noch immer die Basis neuer Ideen und visionärer Veränderungsbewegungen, die wir für diese anstehenden Herausforderungen brauchen? Sind die Parteien mit ihren Strukturen, Mitgliedschaften, Vorständen und Vertreter\*innen noch geeignet für bürgerliches Engagement? Oder brauchen wir andere Formen, veränderte Zusammenschlüsse? Das bisherige demokratische Parteiensystem scheint Gefahr zu laufen seines eigenen Sinns entmächtigt zu werden. Es drängt sich die Frage auf, ob die Wähler\*innen nicht auch ein Recht auf mehr direkte Demokratie haben und Formate fernab von gesinnungspolitischer Programmatik mit Parteibindung benötigen. Experimente mit neuen Formen müssen dabei nicht ein Eingeständnis von Schwäche bedeuten, sondern können unsere Demokratie stärken.

## Jenseits von Parteibüchern

Die Parteien sind zweifellos ein wertvolles Erbe, doch dürfen sie kein Gewohnheitsrecht beanspruchen, das gegen Veränderungen immunisiert. Ein offener Dialog über die Frage, inwieweit Parteien ihrer Funktion nach demokratische Prozesse unterstützen oder diese gefährden, sollte geführt werden. In einer lebendigen Demokratie brauchen wir Raum für Dialog, für Solidarität, für Visionen und für realistische Reformprojekte, die sich nicht von vornherein dem Kompromiss verpflichten, sondern für ihr Anliegen eintreten. Wenn Parteien nicht mehr die bestimmenden Orte für politische Diskurse aus dem Herzen der Gesellschaft sind, wenn sie keine tragfähigen Konzepte für die anstehenden Herausforderungen diskutieren, sondern sich in sich selbst verstricken, dann müssen wir dies hinterfragen. Wir müssen über die Legitimation der Parteien nachdenken. In dieser lebendigen Demokratie haben wir die Möglichkeit demokratischer Teilhabe und wir müssen einfordern und entscheiden, wie wir partizipieren möchten. Es bleibt nicht aus, über neue Beteiligungsformate und Räume für politischen Diskurs jenseits von Parteibüchern nachzudenken, die vielleicht auch einen institutionalisierten Platz in unserer Demokratie eingeräumt bekommen. Ohne unsere aktive Beteiligung bleibt Demokratie sonst eine leere Hülse. Als Bürger\*innen ist es unsere Aufgabe mitzureden, mitzugestalten, mitzudenken. Lasst uns Partei ergreifen für die Demokratie, verteidigen wir sie – mit oder ohne Hilfe der Parteien.

